

Die Effekte einer Lohnnebenkostensenkung für die Volkswirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit

Johannes Berger*, Ludwig Strohner*

Johannes Berger, EcoAustria, Wien
Ludwig Strohner, EcoAustria, Wien

Die Abgabenquote in Österreich ist im europäischen Vergleich sehr hoch. Insbesondere Abgaben auf Einkommen sind ausgeprägt, was sich entsprechend in einem sehr breiten Steuerkeil zwischen Arbeitskosten und Nettoeinkommen widerspiegelt. Die in Österreich in den letzten Jahren besonders hohe Inflation hat zu hohen Lohnsteigerungen und einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit geführt. Auf Basis einer Modellsimulation wird analysiert, dass eine Lohnnebenkostensenkung um 1,4 % des BIP die Lohnkostenentwicklung dämpft und die Zahl der Beschäftigten um etwa 0,9 % bzw. rund 40.000 Personen erhöht. Darüber hinaus reduziert die Reform in den ersten drei Jahren den BIP-Deflator um 0,9 bis 0,7 Prozentpunkte und führt zu einem Zuwachs des realen Exportvolumens von 1,4 %.

1. Hintergrund und Motivation

Die österreichischen Unternehmen sehen sich derzeit Kostensteigerungen auf breiter Ebene gegenüber. Der Anstieg der Energiepreise hat Österreich aufgrund der hohen Abhängigkeit von Energieimporten aus Russland stärker als viele andere Länder getroffen. Die Energiepreise haben sich zwar mittlerweile deutlich abgeschwächt, dennoch sind sie weiterhin höher als in anderen Regionen. Die Zinserhöhungen der Europäischen Zentralbank zur Bekämpfung der Inflation haben die Finanzierungskosten der Unternehmen kräftig erhöht. Nach der Niedrigzinsphase sind dies signifikante zusätzliche Kosten für Fremdkapital. Darüber hinaus ist die Inflation in Österreich besonders hartnäckig. Der Preisauftrieb liegt weiterhin deutlich höher als in Ländern, mit denen Österreich um Marktanteile konkurriert. Dies hat auch höhere Lohnabschlüsse und entsprechend höhere Arbeitskosten und Nachteile für die Wettbewerbsfähigkeit zur Folge.

1.1 Lohnstückkostenentwicklung

Dies zeigt sich insbesondere in der Entwicklung der nominellen Lohnstückkosten je Arbeitsstunde, die in den letzten Jahren in Österreich deutlich zugelegt haben. Zwischen 2019 und 2023 sind sie um 20,7 % gestiegen (Abbildung 1). In anderen vergleichbaren Ländern sowie der EU bzw. im Euroraum ist der Anstieg erheblich niedriger. Lediglich in Schweden ist der Zuwachs ähnlich hoch ausgefallen. Nach der Prognose der Europäischen Kommission vom Frühjahr 2024 sollen die Kosten je

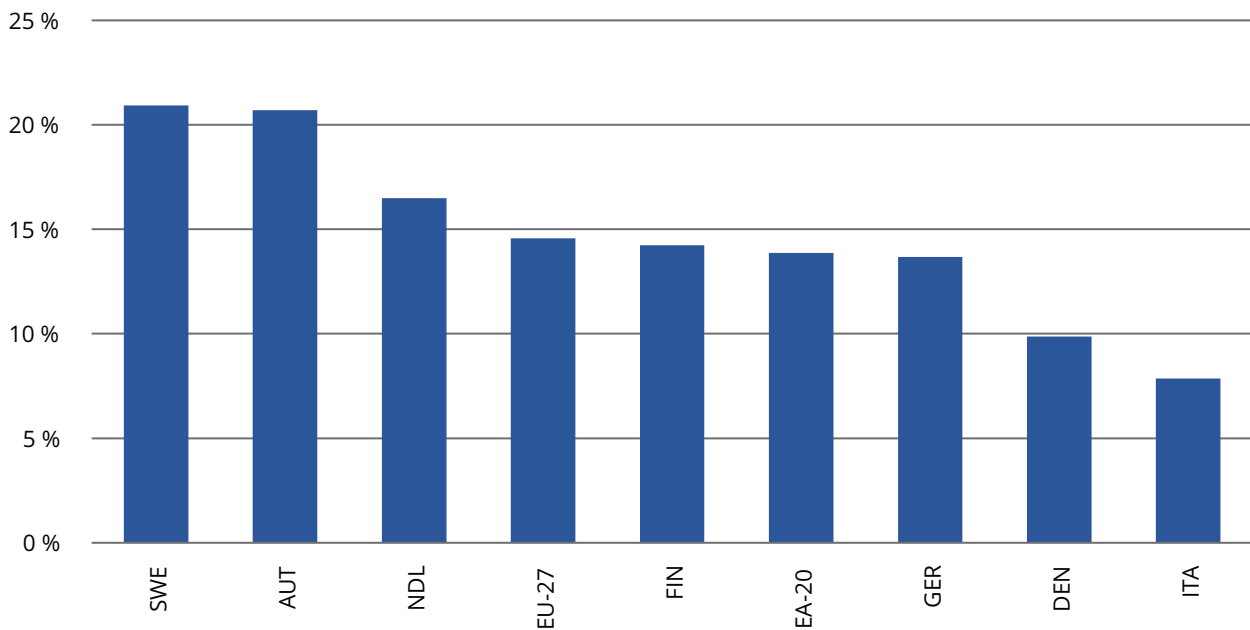
Arbeitnehmer:in in Österreich bis 2025 noch um weitere 9,7 % zulegen, deutlich mehr als im Euroraum mit 6,4 %. Diese Entwicklung bedeutet eine enorme Herausforderung für die Wettbewerbsfähigkeit.

1.2 Abgabenbelastung auf Einkommen im internationalen Vergleich

Hinzu kommt das bestehende Problem einer hohen Abgabenbelastung, die darüber hinaus sehr stark auf der Belastung der Erwerbstätigkeit fußt. Der sogenannte Steuerkeil (*tax wedge*) setzt sich aus der Einkommensteuer, den Sozialversicherungsbeiträgen und Lohnsummenabgaben abzüglich monetärer Transfers zusammen und drückt auf individueller Ebene den Anteil an den Arbeitskosten aus, der an die öffentliche Hand fließt. Abbildung 2 zeigt einen OECD-Vergleich für einen Einpersonen-Haushalt mit durchschnittlichem Einkommen. Mit 47,2 % der Arbeitskosten weist Österreich den dritthöchsten Wert auf. Lediglich in Belgien ist der Wert noch deutlich höher, der OECD-Schnitt beträgt 34,8 %. Insbesondere die Belastung durch Dienstnehmerbeiträge (14 % der Arbeitskosten) und Lohnnebenkosten (21,7 %) ist in Österreich wesentlich höher als in vielen anderen Ländern. Auch für Einpersonen-Haushalte mit anderen Einkommenshöhen¹ liegt Österreich weiterhin im absoluten Spitzenfeld. Für Paare mit Kindern ist der Steuerkeil aufgrund von Familienleistungen zwar spürbar niedriger, im internationalen Vergleich aber dennoch deutlich überdurchschnittlich.

* Die Autoren danken für die finanzielle Unterstützung durch Mittel des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft.

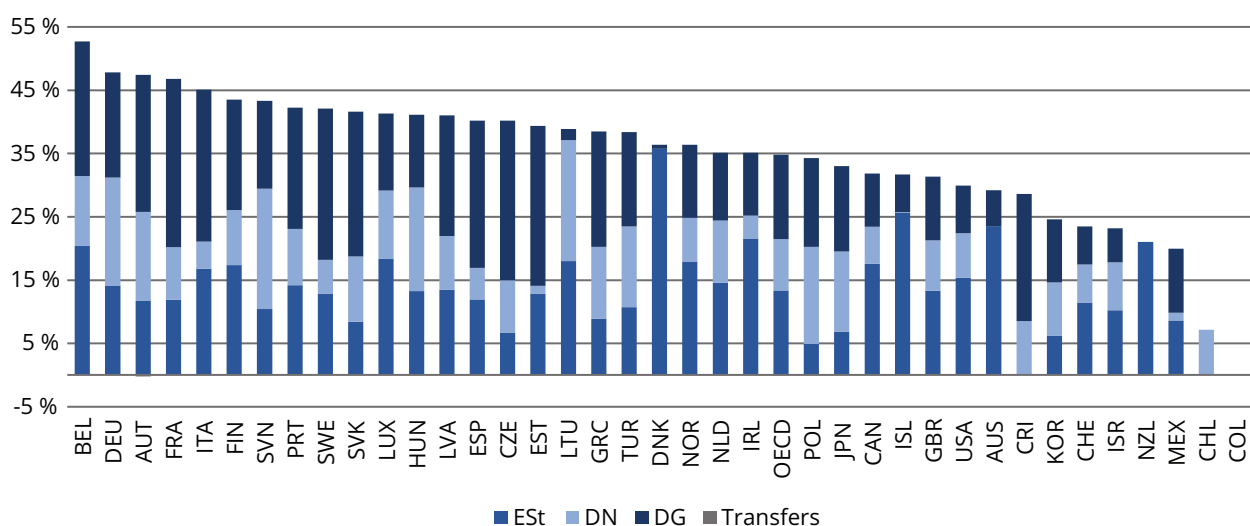
¹ Die Steuerbelastung fällt in der Regel aufgrund der Progression für höhere Einkommen höher aus.

Abbildung 1. Anstieg nomineller Lohnstückkosten (auf Basis von Arbeitsstunden) zwischen 2019 und 2023.

Anmerkungen: Für Schweden und Dänemark ist für die Wechselkursentwicklung korrigiert.
Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

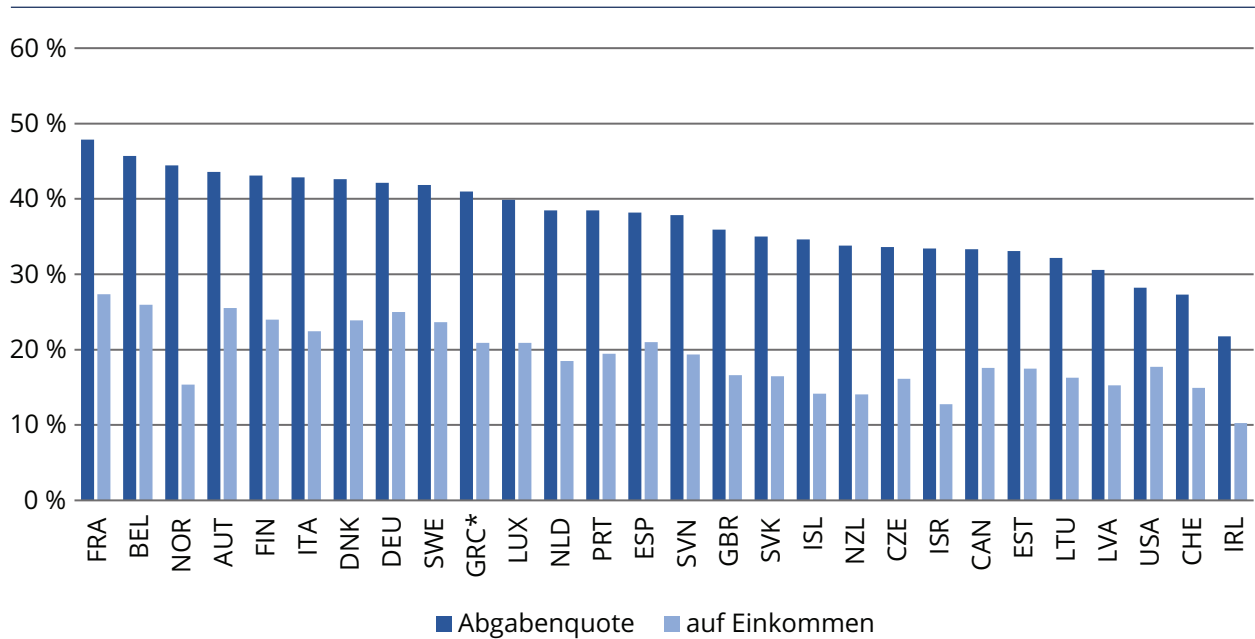
In einer makroökonomischen Betrachtung weist Österreich im Jahr 2022 mit einer Abgabenquote von 43,6 % des BIP (nach VGR-Definition) den vierthöchsten Wert in der OECD auf, lediglich Frankreich, Belgien und Norwegen

liegen noch höher (Abbildung 3).² Insbesondere SV-Beiträge und Lohnsummenabgaben fallen in Österreich überdurchschnittlich hoch aus. Wenn man näherungsweise einen Indikator für jene öffentlichen

Abbildung 2. Steuerkeil für Durchschnittsverdiener:in im OECD-Vergleich, in % der Arbeitskosten, 2023.

Anmerkungen: Single ohne Kinder mit 100 % des Durchschnittseinkommens. Einkommensteuer (Est), Dienstnehmer- (DN-) und Dienstgeber- (DG-) Abgaben und monetäre Transfers in Prozent der Arbeitskosten.
Quelle: OECD.

² Hier sind Länder nicht dargestellt, in denen in der Revenue Statistics der OECD keine Überleitung in die VGR vorliegt, diese Länder weisen aber allesamt ein unterdurchschnittlich hohes Abgabenniveau auf.

Abbildung 3. Abgaben insgesamt und Abgaben auf Einkommen in % des BIP, 2022.

Anmerkungen: Abgaben insgesamt: Steuern und SV-Beiträge (inkl. freiwilliger und imputierter) nach Abzug veranlagter Beträge, deren Einziehung unwahrscheinlich ist. Abgaben auf Einkommen: Summe aus Positionen 1110 auf Einkommen und Gewinne v. Individuen, 2100 DN-SV, 2200 DG-SV, 3000 auf Lohnsumme und Input. Beiträge. *GRC: 2021.
Quelle: OECD Revenue Statistics.

Einnahmen bildet, die als Abgaben auf (Erwerbs-)Einkommen betrachtet werden können, weist Österreich im Jahr 2022 mit 25,5 % des BIP den dritthöchsten Wert hinter Frankreich und Belgien auf.

Vor dem Hintergrund der schlechten konjunkturellen Situation zeigt sich der Arbeitsmarkt weiterhin überraschend robust. Dies ist aber auch darauf zurückzuführen, dass die durchschnittliche Arbeitszeit deutlich rückläufig ist. So ist nach den Daten der Arbeitskräfteerhebung von Statistik Austria die durchschnittlich tatsächlich geleistete Stundenanzahl seit dem Jahr 2004 von knapp 36 Wochenstunden auf 30 Wochenstunden im Jahr 2022 gesunken, ein Rückgang um knapp 16 %. Als Folge davon hat sich trotz des deutlichen Anstiegs der Erwerbstätigen von 3,7 Mio. Personen auf über 4,4 Mio. Personen die Zahl der gearbeiteten Stunden insgesamt kaum verändert. Die Reduktion der Arbeitszeit verschärft die Arbeitskräfteknappheit und übt zusätzlich Druck auf die Löhne aus.

2. Volkswirtschaftliche Auswirkungen einer Lohnnebenkostensenkung

2.1 Szenario

Die hohe Abgabenbelastung der Arbeitseinkommen bietet einen Anknüpfungspunkt, um der bisherigen und prognostizierten Entwicklung der Lohnstückkosten

entgegenzuwirken und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Im Folgenden wird untersucht, wie eine Reduktion der Lohnnebenkosten und im Speziellen des Beitrags zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) auf die Wertschöpfung, die Investitionstätigkeit, den privaten Konsum und den Arbeitsmarkt wirken. Die Reduktion des Beitrags zum FLAF hat den Vorteil, dass dieser im Bundesbudget angesiedelt ist. Damit sind weder die finanziellen Beziehungen zu Ländern und Gemeinden noch jene zur Österreichischen Sozialversicherung berührt. Der Beitrag zum FLAF wurde in den letzten Jahren bereits mehrfach reduziert, von 4,5 % im Jahr 2016 auf 3,7 % im Jahr 2025. Die Einnahmen dürften nach eigenen Berechnungen im Jahr 2025 bei etwa 7,5 Mrd. Euro bzw. 1,4 % des BIP liegen.

Nachfolgend wird unterstellt, dass der Beitrag zum FLAF vollständig abgeschafft wird, die aus dem FLAF bereitgestellten Familienleistungen sollen aber beibehalten werden. Die Lücke bei den Einnahmen wird nach dem Untersuchungsdesign aus dem Bundesbudget finanziert. Trotz erheblicher Selbstfinanzierung der Maßnahme muss ein Teil des Einnahmenausfalls kompensiert werden, wobei Maßnahmen zur Finanzierung wiederum selbst die wirtschaftliche Entwicklung und die Fiskalposition beeinflussen. Dazu können verschiedene Maßnahmen ergriffen werden.

Auf der Ausgabenseite kann die Gegenfinanzierung bspw. über Einsparungen beim öffentlichen Konsum oder über ein höheres Pensionsantrittsalter erreicht werden. Die Empirie zu Ausgabenmultiplikatoren auf die Wirtschaftsleistung liefert eine große Bandbreite an Ergebnissen. Dies mag damit zusammenhängen, dass kaum nach der Art der Ausgabe differenziert wird. Auch die konjunkturelle Lage spielt eine Rolle. Neuere Literatur deutet darauf hin, dass der Multiplikator deutlich kleiner als 1 sein dürfte (z.B. Alesina et al., 2019; Baum et al., 2012; Beetsma et al., 2021; Ramey und Zubairy, 2018). Dies mag insbesondere dann gelten, wenn bestehende Effizienzpotenziale in der Bereitstellung öffentlicher Güter gehoben werden. In diesem Fall besteht der volkswirtschaftliche Effekt lediglich aus dem Entfall der öffentlichen Nachfrage, ohne weitere indirekte Wachstumseffekte. Auf der Einnahmenseite könnte über Steuererhöhungen das notwendige Finanzierungsvolumen generiert werden. In Bezug auf eine Steuerfinanzierung kommen empirische Untersuchungen im Allgemeinen zu dem Ergebnis, dass Einkommen- und Körperschaftsteuern zu stärkeren Wachstumseinbußen führen als etwa Konsumsteuern oder Steuern auf immobiles Vermögen. Ein Überblick über die verschiedenen Möglichkeiten der Gegenfinanzierung sowie zu potenziellen Effizienzpotenzialen bei öffentlichen Ausgaben findet sich in Berger et al. (2024). In der Simulation wird demnach unterstellt, dass die Gegenfinanzierung über eine geringere öffentliche Nachfrage erfolgt.

2.2 Kurzdarstellung PuMA

Das Makromodell PuMA³ gehört zur Klasse der allgemeinen dynamischen Gleichgewichtsmodelle, die etwa auch von internationalen Institutionen für Analysen verwendet werden, wie etwa von der Europäischen Kommission (QUEST III und EU-LMM), der EZB (NAWM) oder dem IWF (GIMF).⁴ In derartigen Modellen werden mikrofundierte Erkenntnisse der ökonomischen Theorie mit empirischen Ergebnissen über das Verhalten der Marktteilnehmer kombiniert. PuMA legt besonderen Fokus auf Arbeitsmarkt und öffentlichen Sektor und berück-

sichtigt die Reaktionen der Akteure (private Haushalte, Unternehmen, öffentlicher Sektor und Ausland) auf Politikmaßnahmen und volkswirtschaftliche Wechselwirkungen. Einige Anwendungsbeispiele sind Reformen im Bereich der öffentlichen Finanzen, der Aus- und Weiterbildung oder auch Migrationsanalysen. Die dynamische Struktur des Modells erlaubt die Untersuchung von kurz-, mittel- und langfristigen Effekten. Die Kalibrierung repliziert die wirtschaftliche Ausgangsposition und berücksichtigt die spezifische institutionelle Ausgestaltung in den 27 EU-Mitgliedstaaten.⁵

2.3 Modellergebnisse

Die Reduktion der Lohnnebenkosten entfaltet ihre volkswirtschaftlichen Effekte im Wesentlichen über zwei Wirkungskanäle. Zum einen hat sie positive Auswirkungen am Arbeitsmarkt, weil sie den Steuerkeil zwischen den Arbeitskosten der Unternehmen und den Nettoeinkommen der Beschäftigten reduziert. Direkt reduziert die Maßnahme also die Arbeitskosten, verbessert damit die Lohnstückkosten der Unternehmen und kräftigt die Arbeitsnachfrage. Der ökonomischen Theorie und Empirie folgend lukrieren aber auch die Beschäftigten einen Teil der Abgabenreduktion in Form von höheren Lohnabschlüssen für sich. Die daraus resultierenden höheren Nettolöhne stärken das Arbeitsangebot, wobei der empirischen Evidenz zufolge die Partizipationsentscheidung (Teilnahme am Arbeitsmarkt) und die Arbeitsplatzsuche von Arbeitslosen etwas stärker auf Anreize reagieren als die sogenannte „intensive“ Entscheidung (Arbeitszeit je erwerbstätiger Person). Zum anderen beeinflusst die Maßnahme die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Sie stärkt die verfügbaren Einkommen und erhöht damit die (Konsum-)Nachfrage der privaten Haushalte, und die Verbesserung der Ertragssituation stärkt die Investitionen der Unternehmen. Dem wirkt der angenommene Rückgang des öffentlichen Konsums entgegen.

Die volkswirtschaftlichen Effekte einer Abschaffung des FLAF-Beitrags sind in Tabelle 1 dargestellt.^{6,7} Die Maßnahme reduziert die Arbeitskosten der Unternehmen. Da ein Teil der Lohnnebenkosten auf

³ Public policy Model for Austria and other countries. Das Modell ist eine Weiterentwicklung von EU-LMM, das die Autoren für die DG EMPL der Europäischen Kommission entwickelt haben und das regelmäßig aktualisiert wird (siehe etwa Berger et al., 2009 und Berger et al., 2023).

⁴ Siehe etwa Pfeiffer et al. (2023), Europäische Kommission (2022), Coenen et al. (2019) und Carton et al. (2017) für aktuelle Analysen mit diesen Modellen.

⁵ Berger und Strohner (2022) haben mit E-PuMA eine Erweiterung um die Bereiche Energieangebot bzw. -nachfrage und Klimaschutz vorgenommen. Eine ausführliche Beschreibung des PuMA-Modells findet sich in Berger et al. (2020).

⁶ Die dargestellten Auswirkungen sind als Niveauabweichung im Vergleich zu einem Basisszenario ohne Reduktion der Abgabenbelastung zu verstehen. Das Reformszenario unterscheidet sich vom Basisszenario nur durch die Reduktion der Lohnnebenkosten. Dementsprechend lassen sich die Ergebnisse als kausale Effekte interpretieren.

⁷ In Berger et al. (2024) wird zudem mit einer Reduktion des FLAF-Beitrags um 1 Prozentpunkt ein geringeres Maßnahmenvolumen analysiert.

Tabelle 1. Volkswirtschaftliche Auswirkungen einer Abschaffung des FLAF-Beitrages.

	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2035	2040
BIP, real	0,56%	0,73%	0,79%	0,82%	0,84%	0,85%	0,92%	0,97%
Investitionen, real	1,76%	1,82%	1,80%	1,74%	1,68%	1,62%	1,44%	1,32%
Privater Konsum, real	1,28%	1,41%	1,49%	1,56%	1,63%	1,68%	1,80%	1,90%
Arbeitskosten je Stunde, nominell	-1,96%	-1,72%	-1,48%	-1,22%	-0,98%	-0,84%	-0,80%	-0,78%
-niedrig	-2,24%	-1,88%	-1,61%	-1,35%	-1,10%	-0,96%	-0,93%	-0,90%
-mittel	-1,94%	-1,68%	-1,43%	-1,18%	-0,94%	-0,80%	-0,77%	-0,75%
-hoch	-1,90%	-1,68%	-1,43%	-1,18%	-0,93%	-0,80%	-0,77%	-0,77%
Nettoeinkommen je Stunde, real	0,77%	1,03%	1,26%	1,49%	1,70%	1,82%	1,90%	1,94%
-niedrig	0,47%	0,85%	1,10%	1,33%	1,54%	1,66%	1,72%	1,78%
-mittel	0,78%	1,06%	1,28%	1,51%	1,72%	1,84%	1,90%	1,95%
-hoch	0,87%	1,10%	1,33%	1,56%	1,77%	1,90%	1,97%	1,99%
Beschäftigung	0,87%	0,99%	0,99%	0,96%	0,92%	0,89%	0,92%	0,94%
-niedrig	1,11%	1,35%	1,39%	1,37%	1,32%	1,28%	1,26%	1,22%
-mittel	0,88%	1,00%	1,01%	0,97%	0,93%	0,90%	0,91%	0,92%
-hoch	0,77%	0,85%	0,84%	0,81%	0,77%	0,75%	0,81%	0,87%
Arbeitslosenquote (in Prozentpunkten)	-0,70	-0,75	-0,70	-0,62	-0,54	-0,50	-0,52	-0,53
-niedrig	-0,85	-0,98	-0,97	-0,91	-0,83	-0,79	-0,82	-0,85
-mittel	-0,70	-0,76	-0,70	-0,62	-0,54	-0,50	-0,51	-0,53
-hoch	-0,62	-0,65	-0,59	-0,51	-0,43	-0,39	-0,41	-0,42
BIP, real (in Mrd. Euro)	2,7	3,5	3,8	4,0	4,1	4,1	4,4	4,7
Beschäftigung (in Tausend Personen)	38,5	43,8	44,1	42,8	40,8	39,6	40,7	41,6
Arbeitslose (in Tsd Personen, nach Eurostat)	-32,4	-34,9	-32,6	-29,0	-25,2	-23,3	-24,2	-24,9
Selbstfinanzierungsgrad	42,7%	49,9%	53,9%	56,9%	59,4%	60,6%	60,5%	59,7%

Anmerkungen: Niveauabweichung relativ zum Basisszenario ohne Reduktion der Lohnnebenkosten. Niedrig: Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss (ISCED 0-2), Hoch: Tertiäre Ausbildung (ISCED 5+). Basisjahr für das BIP, real (in Mrd. Euro) ist 2023.
Quelle: PuMA Simulationsmodell.

Arbeitnehmer:innen überwältigt wird, ziehen bei einer Reduktion die Bruttolöhne etwas an. Der Effekt nimmt im Zeitverlauf zu, was im Wesentlichen zwei Gründe hat. Zum einen finden Anpassungen oftmals schon in „normalen Zeiten“ schrittweise statt. So zeigt Stokke (2021) für eine Lohnnebenkostensenkung in Norwegen, dass der Anteil, der auf Beschäftigte entfällt, im Zeitverlauf zunimmt. Zum anderen ist in der aktuellen konjunkturellen Situation die Geschäftslage vieler Unternehmen schlecht und die Arbeitslosigkeit hat wieder etwas zugenommen. In dieser ungünstigen Situation können Unternehmen kurzfristig einen höheren Teil der Abgabenreduktion für sich lukrieren. Mittel- und längerfristig ist aber zu erwarten, dass der Bedarf an Arbeits- und Fachkräften wieder zunehmen wird und daher ein größerer Teil der Entlastung auf die Beschäftigten entfällt. Nach den Modellergebnissen senkt die Abschaffung des FLAF-Beitrags die nominellen Arbeitskosten kurzfristig um knapp 2 %. Die Entlastung bei den Arbeitskosten nimmt schrittweise ab und beträgt im Jahr 2027 rund 1,5 % und längerfristig 0,8 %. Umgekehrt werden die Erwerbseinkommen durch die teilweise Überwälzung der Abgabenreduktion spürbar gestärkt. Im

Durchschnitt sind die realen Nettolöhne kurzfristig um 0,8 % höher als im Basisszenario. Mit der im Zeitverlauf stärkeren Überwälzung nehmen die Auswirkungen auf die realen Nettolöhne nach den Modellergebnissen längerfristig auf 1,9 % zu.

Die Maßnahme stärkt durch die höheren realen Nettolöhne das Arbeitsangebot und durch die geringeren nominellen Arbeitskosten die Arbeitsnachfrage. Gemäß der Modellsimulation erhöht die Abgabenreduktion die Beschäftigung im Jahr 2025 um knapp 0,9 %, was knapp 40.000 zusätzlich Beschäftigten entspricht. Mit einer Reduktion der Arbeitslosenquote um 0,7 Prozentpunkte (bzw. minus 32.000 Arbeitslosen) ist kurzfristig der überwiegende Teil des Beschäftigungseffekts auf geringere Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Nach einem anfänglichen Rückgang der Kapitalausstattung pro Beschäftigten legt diese mit verstärkter Investitionstätigkeit im Zeitverlauf wieder zu. Dies erhöht die Arbeitsproduktivität und damit Arbeitsnachfrage und Beschäftigung. Der Beschäftigungseffekt nimmt demnach im Zeitverlauf noch etwas zu und beträgt mittel- und längerfristig 0,9 bis 1 %, was gut 40.000 zusätzlich Beschäftigten

entspricht. Längerfristig reduziert die Maßnahme die Arbeitslosenquote um rund 0,5 Prozentpunkte bzw. die Arbeitslosigkeit um rund 25.000 Personen, der restliche Teil des Beschäftigungseffekts entfällt auf das höhere Arbeitsangebot. Die Arbeitsmarktsituation verbessert sich für Geringqualifizierte überdurchschnittlich stark, weil der Arbeitsmarkt für diese Personengruppe im Allgemeinen stärker auf Reformen reagiert als für andere Qualifikationsgruppen.

Die Verteilung der Beschäftigungseffekte ist auch der wesentliche Grund für die leicht unterschiedlichen Auswirkungen auf die Löhne. Weil der Beschäftigungseffekt für mittlere und höhere Qualifikationen schwächer ist, reduziert die Maßnahme deren Anteil an der Beschäftigung etwas. Dies erhöht wiederum deren Arbeitsproduktivität und schlägt sich in weiterer Folge in leicht überdurchschnittlichen Lohnabschlüssen nieder.

Die höheren realen Nettoeinkommen und der Beschäftigungseffekt stärken die verfügbaren Einkommen. Zudem stärkt die Maßnahme die Bruttobetriebsüberschüsse und Selbstständigeneinkommen. Der private Konsum nimmt durch die Maßnahme kurzfristig um 1,3 % und in der Folge noch weiter zu. Durch die geringeren Arbeitskosten, den Beschäftigungszuwachs und die höhere Konsumnachfrage steigen die Investitionsanreize der Unternehmen. Die realen Investitionen fallen kurzfristig um rund 1,8 % stärker aus als im Basisszenario.

Die stärkere private heimische Nachfrage bedeutet verwendungsseitig einen positiven Wertschöpfungseffekt, der durch den Rückgang des öffentlichen Konsums zur Gegenfinanzierung etwas gedämpft wird. Im Produktionsfunktionsansatz bewirken die zusätzliche Beschäftigung und der zusätzliche Kapitalstock eine höhere Wertschöpfung. Nach der Modellsimulation erhöht die Abschaffung des FLAF-Beitrags das reale BIP im Jahr 2025 um etwas mehr als 0,5 %. Der Effekt nimmt im Zeitverlauf mit dem höheren Kapitalstock zu. Bezieht man diese Effekte auf das BIP des Jahres 2023, so entspricht dies kurzfristig 2,7 Mrd. Euro und längerfristig knapp 5 Mrd. Euro zusätzlicher Wirtschaftsleistung jährlich.

Mit den dargestellten volkswirtschaftlichen Effekten sind positive Rückwirkungen auf die öffentlichen Finanzen verbunden. Der Konsumeffekt führt zu höheren Einnahmen aus Konsumsteuern wie der Umsatzsteuer und den diversen Verbrauchsabgaben. Der Beschäftigungseffekt hat zur Folge, dass Einnahmen

aus Sozialversicherungsbeiträgen und der Einkommensteuer zunehmen. Gemäß der Modellsimulation finanziert sich die Maßnahme kurzfristig zu mehr als 40 % und mittelfristig zu rund 60 % selbst.⁸ Wie oben angesprochen, wird hier angenommen, dass der verbleibende Finanzierungsbedarf des Einnahmenausfalls über geringere öffentliche Konsumnachfrage erfolgt.

Die Senkung der Lohnnebenkosten hat positive Auswirkungen auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit und die Exporttätigkeit heimischer Unternehmen. Basierend auf einem strukturellem Vektorautoregressionsmodell wurden in Berger et al. (2022) die Auswirkungen der Reduktion der nominellen Arbeitskosten auf den BIP-Deflator und die Exporte analysiert. Gemäß den Schätzergebnissen führt die Abschaffung des Beitrags zum FLAF zu einer Reduktion des BIP-Deflators um 0,9 bis 0,7 Prozentpunkte in den ersten drei Jahren der Reform gegenüber einer wirtschaftlichen Entwicklung ohne Lohnnebenkostensenkung. Die Lohnnebenkostensenkung wirkt somit hinsichtlich der preislichen Wettbewerbsfähigkeit positiv und dämpft den deutlichen Verlust, der sich aus dem gegenwärtig besonders kräftigen Zuwachs bei den Lohnstückkosten ergibt. Mit der Beitragssenkung ist damit ein Anstieg der Exporttätigkeit verbunden. Das reale Exportvolumen liegt in diesen Jahren um etwa 1,4 % höher.

3. Conclusio

Österreich hat in den letzten beiden Jahren erheblich an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Eine starke Exponiertheit hinsichtlich der Energieimporte aus Russland verbunden mit einer hohen Inflation hat die Produktionskosten hierzulande kräftiger erhöht als in anderen Mitbewerberländern. Der kräftige Zinsanstieg der EZB zur Eindämmung der Inflation dämpft die Nachfrage nach Investitionsgütern. Darüber hinaus ist die Abgabenbelastung, insbesondere was Erwerbseinkommen betrifft, in Österreich besonders ausgeprägt. Diese Entwicklung setzt die heimischen Unternehmen unter erheblichen Druck und führt zu einem deutlichen Anziehen bei den Insolvenzen.

Eine Lohnnebenkostensenkung kann in dieser Situation den Kostendruck mildern. In einer Simulation mit dem Makromodell PuMA wurde analysiert, welche Folgen mit einer Abschaffung des Beitrags zum Familienlastenausgleichsfonds verbunden wären. Das Aufkommen aus dem Beitrag dürfte sich 2025 auf rund 1,4 % des BIP

⁸ Der Selbstfinanzierungsgrad ist bei einer Lohnnebenkostensenkung besonders ausgeprägt. Die teilweise Überwälzung der Abgabenreduktion auf die Beschäftigten erhöht die Bruttoeinkommen. Dadurch nehmen etwa die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung zu, weil diese die Bemessungsgrundlage sind. Umgekehrt dämpft dieser Effekt das „tatsächliche“ Entlastungsvolumen, was die volkswirtschaftlichen Auswirkungen abschwächt.

bzw. 7,5 Mrd. Euro belaufen. Es wird angenommen, dass der Einnahmenschwund des Familienlastenausgleichsfonds aus dem Bundesbudget finanziert und die Lücke im Bundesbudget durch geringere Ausgaben für den öffentlichen Konsum gedeckt wird.

Die Lohnnebenkostensenkung stärkt die Arbeitsnachfrage und über die teilweise Überwälzung auf höhere Nettolöhne das Arbeitsangebot. Nach dem Modellergebnissen erhöht die Maßnahme die Beschäftigung kurzfristig um knapp 0,9 % und mittel- und längerfristig um knapp 1 %, was rund 40.000 zusätzlich Beschäftigten entspricht. Durch den Anstieg der verfügbaren Einkommen nimmt der reale private Kon-

sum demnach kurzfristig um 1,3 und längerfristig um knapp 2 % zu, die realen Investitionen fallen kurzfristig um rund 1,8 % stärker aus als im Basisszenario ohne Lohnnebenkostensenkung. Nach der Modellsimulation erhöht die Maßnahme das reale BIP kurzfristig um gut 0,5 % und längerfristig um knapp 1 %, was rund 2,7 bzw. knapp 5 Mrd. Euro zusätzlicher Wirtschaftsleistung entspricht. Damit sind positive Rückwirkungen auf die öffentlichen Finanzen verbunden, weil Einnahmen aus konsum- und beschäftigungsbezogenen Abgaben anziehen, sodass der öffentliche Konsum kurzfristig um 60 %, mittelfristig um 40 % des Reformvolumens reduziert werden muss.

Referenzen

- Alesina, A., Favero, C. & Giavazzi, F. (2019). Effects of Austerity: Expenditure- and Tax-based Approaches. *Journal of Economic Perspectives*, 33(2), S. 141–162.
- Baum, A., Poplawski-Ribeiro, M. & Weber, A. (2012). Fiscal Multipliers and the State of the Economy. *IMF Working Paper*, 12/286.
- Beetsma, R., Furtuna, O., Giuliodori, M. & Mumtaz, H. (2021). Revenue versus spending based fiscal consolidation announcements: Multipliers and follow-up. *Journal of International Economics*, 131, 103455.
- Berger, J., Graf, N., Schwarzbauer, W. & Strohner, L. (2024). *Die Effekte einer Lohnnebenkostensenkung für die Volkswirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit*. Studie im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich.
- Berger, J., Strohner, L., Graf, N. & Köppl-Turyna, M. (2023). *Update and Extension of the Labour Market Model*. Studie im Auftrag der DG EMPL der Europäischen Kommission.
- Berger, J. & Strohner, L. (2022). Extensions of the Energy Public Policy Model for Austria and other European countries E-(PuMA). *EcoAustria Research Paper*, 19.
- Berger, J. & Strohner, L. (2020). Documentation of the Public Policy Model for Austria and other European countries (PUMA). *EcoAustria Research Paper*, 11.
- Berger, J., Keuschnigg, C., Keuschnigg, M., Miess, M., Strohner, L. & Winter-Ebmer, R. (2009). *Modelling of Labour Markets in the European Union*. Studie im Auftrag der DG EMPL der Europäischen Kommission.
- Carton, B., Fernandez-Corugedo, E. & Hunt, B. (2017). No Business Taxation Without Model Representation: Adding Corporate Income and Cash Flow Taxes to GIMF. *IMF Working Paper*, 17/259.
- Coenen, G., Karadi, P., Schmidt, S. & Warne, A. (2019). The New Area-Wide Model II: an extended version of the ECB's micro-founded model for forecasting and policy analysis with a financial sector - Revised December 2019. *ECB Working Paper Series*, 2200.
- Europäische Kommission. (2022). *Employment and Social Developments in Europe 2022*. Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union.
- Pfeiffer, P., Varga, J. & in 't Veld, J. (2023). Unleashing Potential: Model-Based Reform Benchmarking for EU Member States. *European Commission Discussion Paper*, 192.
- Ramey, V. A. & Zubairy, S. (2018). Government Spending Multipliers in Good Times and in Bad: Evidence from US Historical Data. *Journal of Political Economy*, 126(2), S. 850–901.
- Stokke, E. H. (2021). Regional payroll tax cuts and individual wages: heterogeneous effects of worker ability and firm productivity. *International Tax and Public Finance*, 28(6), S. 1360–1384.
-

The effects of a reduction in taxes on the wage-sum on the economy and competitiveness

The tax and social contribution ratio in Austria is very high by European standards, taxes on income in particular. This is reflected in a very wide tax wedge between labour costs and net income. The particularly high inflation in Austria in recent years has led to high wage increases and a loss of competitiveness. Based on a model analysis, it is shown that a reduction of taxes on the wage-sum by 1.4 % of GDP dampens the development of wage costs and increases employment by around 0.9 % or 40,000 persons. In addition, the reform reduces the GDP deflator by 0.9 to 0.7 percentage points and implies an increase in the real export volume by 1.4 % in the first three years.

© Der/die Autor:in 2024. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).